

Dr. Gerayer Koutcharian

WARUM WIR HEUTE VOR DER TÜRKISCHEN BOTSCHAFT STEHEN

Ansprache auf der erinnerungspolitischen Mahnwache vom 27. April 2013

Als im elften Jahrhundert die turkstämmigen Seldschuken in Kleinasien eindrangen, begann das Unglück der indigenen Völker Kleasiens und der Nachbarregionen. Dieses Unglück betraf nicht nur Christen bzw. Nicht-Muslime. Mit der Aneignung des arabischen Kalifentitels verloren die Araber ihre Verwaltungsautonomie, was ihre Kolonisierung zur Folge hatte.

Am schwersten litten die Christen unter der türkischen Herrschaft. Die Bedeutung der bis dahin führenden griechischen Kulturzentren ging erheblich zurück. Die armenische Sprache und Kultur konnte sich nur noch in der Diaspora, außerhalb des türkischen Herrschaftsbereichs, weiter entwickeln. Und nicht besser ging es der Kultur und Sprache der Aramäer/Assyrer, die einst die erste Kultursprache Nordsyriens und Mesopotamiens gewesen waren. Je mehr sich die Türken als Herrscher durchsetzten, umso stärker wurde Aramäisch abgedrängt, bis es nur noch in einigen wenigen Klöstern gepflegt werden konnte.

Das auf der Eroberung und Unterdrückung anderer Völker beruhende osmanische Feudalsystem war jedoch zum Untergang verurteilt. Nichts auf dieser Welt kann ewig wachsen und expandieren. Um den unausweichlichen Zerfall des osmanisch-türkischen Staates zu verhindern, setzten die seit 1908 regierenden jungtürkischen Nationalisten auf die Ideologie des Türkismus und Pantürkismus. Sie nahmen an der Seite des militärisch verbündeten Deutschland am Ersten Weltkrieg teil, um ihr spezielles bevölkerungspolitisches Ziel zu erreichen: die ungestörte Vernichtung des noch verbliebenen christlichen Bevölkerungsanteils, weil man die Christen für nicht assimilierbar, das heißt türkisierbar hielt. Anfang des 20. Jahrhunderts betrug dieser Anteil über fünf Millionen bzw. ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Es handelte sich um indigene

Kulturvölker Kleinasien, Mesopotamiens, des Pontos und Thrakiens, um Armenier, Aramäer/Assyrer und Griechen, aber auch um christliche Araber sowie armenische Roma.

Die ersten Deportationen ins Landesinnere und mit Sterblichkeitsraten von 50% erfolgten bereits während der Balkankriege in Ostthrakien 1912/13, dann an der griechischen Bevölkerung Ioniens 1913. Ende Oktober 1914 ordnete Innenminister Talat die Deportationen der ostsyrischen bzw. assyrischen Bevölkerung an der osmanisch-iranischen Grenze an.

Für die Armenier bildete die massenhafte Festnahme, Deportation und Ermordung ihrer geistlichen und geistigen Elite den Auftakt der landesweiten Vernichtung. Vom Abend des 24. April 1915 an wurden an drei aufeinanderfolgenden Tagen in der Hauptstadt Konstantinopel nach amtlichen osmanischen Angaben 2.3035 Armenier verhaftet. In ähnlicher Weise ging man in den Provinzhauptstädten in den folgenden Wochen gegen die armenische Zivilbevölkerung vor. Nach der Ausrottung der Eliten folgten die Massaker und Todesmärsche der übrigen Bevölkerung.

Seit der Tatzeit, also seit fast einhundert Jahren, bestreiten sämtliche türkische Regierungen die staatliche Intentionalität dieser staatlich geplanten und organisierten Massenvernichtung. Unisono behaupten kemalistische Republikaner, Militärjungen und Islamisten, dass es in der jüngsten Geschichte der Türkei keinen Völkermord gegeben habe, wobei sie freilich nicht versäumen, den Opfern als angeblichen Verrätern die Schuld für ihren Untergang zuzuweisen. Der Völkermord der türkischen Streitkräfte an der Dersimbevölkerung von 1938 wurde inzwischen von Regierungschef Erdoğan wenigstens als Massaker anerkannt. Eine juristisch qualifizierte Beurteilung steht aber auch in diesem Fall noch aus, weswegen inzwischen Dersimis den Internationalen Strafgerichtshof angerufen haben.

Parallel zur Unterdrückung der Kurden als einstige Mittäter bei der Vernichtung der Christen im und nach dem Ersten Weltkrieg erfolgte die gezielte Türkisierung der einst von Christen bewohnten Regionen in Kleinasien und Westarmenien. Das schloss die mutwillige Zerstörung

armenischer historischer Kulturdenkmäler ein, die Umwandlung von Kirchen zu Moscheen, die Türkisierung von Ortsnamen, die Zwangsislamisierung, Türkisierung und Vertreibung der Überlebenden. Sie wurden in die Anonymität der Großstädte, vor allem Konstantinopels abgedrängt. Heute freilich leben selbst in der einstigen byzantinischen Hauptstadt nur noch 1.400 Griechisch-Orthodoxe und etwa 40.000 Armenier, deren Zahl von Jahr zu Jahr sinkt. Nur noch 15 Prozent der in der Türkei geborenen Armenier beherrschen Armenisch als Muttersprache, und fast alle wurden gezwungen, ihre Vor- und Familiennamen zu türkisieren. Denn in der intoleranten türkisch-islamischen Mehrheitsgesellschaft werden Nicht-Muslime - also Christen und Juden - als Verräter und Feinde des Türkentums empfunden. Und genauso lehren es türkische Schulbücher bis auf den heutigen Tag.

Die seit zehn Jahren regierende islamistische Partei AKP unterstützt billigend die Versuche, auf gerichtliche Weise das syrisch-orthodoxe Kloster Mor Gabriel im Tur Abdin zu enteignen und damit seiner Existenzgrundlage zu berauben, um der noch verbliebenen aramäischen Bevölkerung das letzte bedeutende geistliche Zentrum zu nehmen. Die griechisch-orthodoxe Hagia Sophia aus dem 13. Jahrhundert, einst die Residenzkirche des pontischen Kaiserreichs Trapesunta und bisher Museum, wird demnächst zur Moschee umfunktioniert, während eine Staatskommission den Antrag auf Wiedereröffnung der Hagia Sophia in Konstantinopel als Moschee prüft. Wie es aussieht, ertragen der türkische Staat und die türkische Mehrheitsgesellschaft nicht die Erinnerung an die einstige christliche Präsenz. Sie müssen sich daher auch noch die heiligsten Sakralbauten ihrer einstigen christlichen Opfer aneignen - so als sei das Land nicht schon flächendeckend mit Moscheeneubauten versorgt.

Bis 2008 unterdrückte der berüchtigte Strafrechtsartikel 301 weitgehend die Erwähnung oder gar Kritik der genozidalen Staatsverbrechen. Seit der Novelle des Paragraphen 301 erledigt diese Abschreckung das türkische Antiterror-Gesetz. Armenische Bürger der Türkei wie Hrant Dink oder der Rekrut Sewak Schahin fielen rassistisch motivierten Hassverbrechen zum Opfer, ebenso wie in- und ausländische christliche Geistliche, die in

Trapesunta und in Malatya heimtückisch ermordet bzw. im Fall der drei evangelischen Christen in Malatya stundenlang gefoltert worden waren. Die juristische Aufarbeitung der Hintergründe und Hintermänner dieser Verbrechen blieb stets unbefriedigend.

Spätestens seit den 1990er wächst der politische Neo-Osmanismus, der unter Erdoğan zur Staatsdoktrin aufstieg. Zugleich setzt sich aber der kemalistische Kult um die jungtürkischen Genozidverbrecher ungestört fort. Straßen, Brücken, Schulen, Bibliotheken und sogar Moscheen wurden zu Ehren der für den Völkermord an Christen Verantwortlichen benannt, darunter eine prächtige Moschee in Ankara, die den Namen Talats trägt.

Vergessen wir nicht, dass die Türkei an der Seite der aserbaidzhanischen Präsidialdiktatur Alijew steht und seit 1993 eine Wirtschafts- und Verkehrsblockade über Armenien verhängt hat. Aber auch mit ihren übrigen Nachbarn hat die Türkei – mit Ausnahme Aserbaidschans – Probleme. Und kaum ein anderer Staat auf der Welt hat so viele Journalisten in seinen Gefängnissen. Und doch bleibt die Türkei eine Beitrittskandidatin für die Europäische Union. Ich weiß nicht, ob ich die Europäer hierfür beglückwünschen oder bedauern soll.

Für uns, die wir von Überlebenden des Genozids abstammen, ist Folgendes wichtiger: Bis zum 100. Gedenkjahr 2015 sind nur noch zwei Jahre verblieben. In diesen beiden Jahren werden juristische Fragen in den Vordergrund treten. Eine Historisierung und Individualisierung des Problems, wie es sich nicht nur türkische Politiker erhoffen mögen, werden wir verhindern.

Die Ruinen von Westarmenien und die Diaspora sind Folgen des Völkermords. Und der Völkermord ist angesichts der offiziellen türkischen Leugnungshaltung nie zur Vergangenheit geworden. Auch die Hagia Sophia in Trapesunta und Konstantinopel, das Kloster Mor Gabriel im Tur Abdin und das Kloster Sumela im Pontos , der heilige Berg Ararat, die

Ruinen von Ani und die Heilig-Kreuz-Kirche auf Achtamar vergessen wir nicht, bis wir sie zurückerhalten haben.